

LEW BESYMENSKI

GEHEIMMISSION IN STALINS AUFTRAG?

David Kandelaki und die sowjetisch-deutschen Beziehungen
Mitte der dreißiger Jahre

In der westlichen Literatur über die sowjetisch-deutschen Beziehungen seit dem Machtantritt Hitlers taucht seit Jahrzehnten immer wieder der Name von David Kandelaki auf, der von 1934 bis 1937 in Berlin als Leiter der Handelsvertretung der UdSSR fungierte¹. Dagegen sparten sowjetische Darstellungen dieser Epoche die Tätigkeit und den Namen Kandelakis in auffälliger Weise aus. Ganz abgesehen davon, daß die einschlägigen Archive lange Zeit kaum zugänglich waren², zog es die sowjetische Geschichtsschreibung vor, „brenzlige“ Fragen nach Möglichkeit zu umgehen. Kandelakis Aufenthalt in Berlin war eine solche „brenzlige“ Frage insofern, als sich damit aus der Sicht mancher westlicher Autoren ein zentrales ideologisches Thema verband: Nämlich die Annahme, Kandelakis Tätigkeit in Deutschland könne als „Vorbeginn“ des Umschwungs in den sowjetisch-deutschen Beziehungen gewertet werden, wie er sich dann 1939 vollzog³.

¹ Vgl. Karlheinz Niclaus, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung*, Bonn 1966; Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934*, Berlin 1970; Bianka Pietrow, *Stalinismus, Sicherheit, Offensive*, Kassel/Melsungen 1983; Johann W. Brügel (Hrsg.), *Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa*, Wien 1973; Gustav Hilger, *Wir und der Krenl*, Frankfurt/M. 1959; Sven Allard, *Stalin und Hitler*, Bern 1974.

² Für die Freigabe der hier vorgestellten Akten bedanke ich mich herzlich bei der Historisch-Dokumentarischen Hauptverwaltung des Außenministeriums der Russischen Föderation und für die Bearbeitung der Akten bei Herrn Nikolai A. Abramow.

³ Ein besonderer Fall dieser „ideologisierten“ Interpretation stellt die Erwähnung Kandelakis bei Walter Krivitsky dar, dessen Enthüllungen über eine deutsch-sowjetische Annäherung in den Jahren 1935–37 erstmalig in der *Saturday Evening Post* vom 29. 4. 1939, dann in seinem Buch „*In Stalin's Secret Service*“, New York 1939, erschienen. Walter Krivitsky (eigentlich Samuel Ginsburg) war einer der wenigen Überläufer der dreißiger Jahre, deren Zeugnisse in den westlichen Medien aktiv ausgebeutet wurden, obzwar sie sogar beim britischen Foreign Service kritisch aufgenommen wurden (Public Record Office, FO 371/23697, S. 76–84, S. 343 ff.). Krivitsky gehörte zuerst dem militärischen Nachrichtendienst (GRU) an und wurde 1934 durch den Nachrichtendienst des NKWD (INO) übernommen, wo er zur Ausbildung für illegale Auslandstätigkeit abkommandiert war, was ihn von der Außenwelt isolierte. Folglich konnte er kaum so breite Information über interne Angelegenheiten der INO und GRU besitzen, wie er in seinen Schriften den Anschein erweckt. Das gilt auch für seine Interpretation des „Falles“ Kandelaki.

I.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten war bekanntlich auch mit einer grundlegenden Veränderung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion verbunden. Seit die UdSSR 1922 mit dem Vertrag von Rapallo ihren bis dahin größten Erfolg auf dem schwierigen Weg vom revolutionären Romantizismus zum pragmatischen Realismus gefeiert hatte, war die Außenpolitik im Prinzip dieser von Lenin und Georgi Tschitscherin eröffneten Linie gefolgt. Das Ergebnis war eine ganze Reihe sowjetisch-deutscher Verträge, insbesondere das Freundschafts- und Neutralitätsabkommen von 1926 (Berliner Vertrag), dessen Verlängerungsprotokoll von 1931 und die regelmäßigen Handels- und Kreditabkommen. Darüber hinaus hatte die Sowjetunion mit dem durch den Versailler Vertrag in seiner Verteidigungs- und Rüstungspolitik stark eingeschränkten Deutschen Reich zahlreiche geheime Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit geschlossen, aus der auch die Rote Armee Vorteile zog.

Die Nachricht von Hitlers Kanzlerschaft wurde in Moskau deshalb nicht nur aus grundsätzlichen ideologischen, sondern auch aus machtpolitischen Gründen mit größter Sorge aufgenommen. Für die sowjetische Diplomatie war dadurch die mit großer Mühe aufgebaute Machtbalance in Europa, in der die sowjetisch-deutschen Beziehungen als Gegengewicht zu den monopolistischen Ansprüchen Frankreichs und Englands dienten, in Gefahr geraten. Auch im Hinblick auf das gespannte Verhältnis Moskaus zu Warschau waren die guten sowjetisch-deutschen Beziehungen von Nutzen. Gleichwohl wirkten der ideologische Gegensatz zum Nationalsozialismus und Hitlers außenpolitische Ausfälle, die schlechthin die Existenz der Sowjetunion in Frage stellten, ganz besonders beunruhigend.

Wenn die Sowjetunion dennoch versuchte, die rapide Verschlechterung ihrer Beziehungen mit Deutschland in Grenzen zu halten, so nicht zuletzt aus wirtschaftspolitischen Überlegungen. Denn nach dem 17. Parteitag der KPdSU Anfang 1934 begann im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans die Politik der forcierten Kollektivierung und Industrialisierung, die ohne westliche Unterstützung kaum durchzuhalten war. Entsprechend hatte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in London im Juni 1933 das Interesse der UdSSR bekundet, Industriegüter im Wert von einer Milliarde Dollar zu importieren, ohne allerdings bei den Westmächten auf großes Interesse zu stoßen⁴. Insofern mußten die seit langem florierenden Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland ihre vorrangige Bedeutung behalten – ungeachtet der dramatischen Abkühlung der politischen Beziehungen.

Das war die Lage, in der David Wladimirowitsch Kandelaki, zuvor kurzzeitig Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Stockholm, 1934 in Berlin eintraf. Politische Erfahrung hatte der einer georgischen Adelsfamilie entstammende Mittdreißiger vor

⁴ „Vnesnaja politika SSSR“ („Außenpolitik der UdSSR“), Bd. 3, S. 633.

allem in seiner langjährigen Tätigkeit als Volkskommissar für Volksaufklärung in Georgien gesammelt; 1938 sollte ihn, nach kurzer Amtszeit als stellvertretender Volkskommissar für Außenhandel, das übliche Schicksal sowjetischer Diplomaten und Außenhandelsmitarbeiter jener Jahre ereilen: Kandelaki wurde verhaftet und am 29. Juli 1938 hingerichtet, seine Familie verbannt⁵.

II.

Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten hatten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland insgesamt äußerst positiv entwickelt⁶. So war die Sowjetunion bereits 1931 der größte auswärtige Abnehmer der deutschen Maschinenindustrie, und 1932 gingen nicht weniger als 43 Prozent des gesamten deutschen Maschinenexports in die UdSSR. Während die Sowjetunion 1931 Waren im Werte von 566,5 Millionen Rubel nach Deutschland verkaufte, lag das deutsche Exportvolumen in die UdSSR bei 1798,6 Millionen Rubel. Vier Jahre später waren die entsprechenden Ziffern jedoch drastisch gesunken: auf 95,1 bzw. 289,3 Millionen Rubel. Deutschlands Versuche, die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR wiederzubeleben, waren von dem außerordentlichen Interesse an sowjetischen Rohstofflieferungen bestimmt. Umgekehrt war die Sowjetunion durchaus an einem wieder steigenden Import deutscher Industriearüstung und moderner Technologien interessiert, unter anderem zur eigenen Rüstungsproduktion.

Vereinbarungen zur Wiederbelebung des sowjetisch-deutschen Handels wurden 1934, 1935 und 1936 unterzeichnet⁷. Leiter der sowjetischen Delegation war jeweils David Kandelaki. Selbstverständlich konnten bei diesen Verhandlungen auch Probleme allgemeiner politischer Natur angesprochen werden, insbesondere das Problem der auf Eis liegenden politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Tatsächlich hat Kandelaki solche „Nebengespräche“ geführt, was später zu vielfältigen Spekulationen und Verdächtigungen Anlaß geben sollte.

Ein erstes Treffen Kandelakis mit Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht fand in einem Brief Erwähnung, den Sergei A. Bessonow am 6. Februar 1935 an den Volkskommissar Litwinow richtete. Danach waren Fragen einer politischen Annäherung zwischen der Sowjetunion und Deutschland bei diesem Treffen nicht zur Sprache gekommen. Allerdings wies Bessonow am Schluß seines Schreibens darauf hin, daß Kandelaki bis zu diesem Zeitpunkt Moskau noch nicht über sein Gespräch mit Schacht in-

⁵ Angaben nach einer Auskunft des Instituts für Marxismus-Leninismus in Tiflis v. 26.2. 1991, des Obersten Gerichts der UdSSR v. 7. 4. 1988 (Nr. 4/H/06803/56) und nach schriftlicher Auskunft der Tochter Kandelakis gegenüber dem Verfasser.

⁶ Die folgenden Angaben nach: Die Handelsbeziehungen der UdSSR mit den kapitalistischen Staaten, Moskau 1938, S. 139.

⁷ Am 24. Dezember 1936 wurde das Abkommen vom 29. April 1936 mit einigen Änderungen für das Jahr 1937 verlängert.

formiert hatte, was darauf hindeuten mag, daß an eine mündliche Unterrichtung gedacht war, und was eine Erklärung dafür bieten könnte, daß keine Aufzeichnungen Kandelakis über dieses Gespräch existieren⁸.

Am 14. Januar 1935 schrieb der sowjetische Botschafter in Berlin, Jakob Suriz, an Litwinow: „Ein Ihnen bekannter deutscher Freund hat uns berichtet, daß bestimmte Kreise der Reichswehr, die Schacht nahestehen und deren Bedeutung zugenommen hat, auf einer Aussöhnung und einer Vereinbarung mit uns bestehen. Nach seinen Worten hat unsere Bereitschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, dort tiefen Eindruck gemacht. Er fragte mich, welche Garantien außerhalb des Ostpaktes uns befriedigen würden [. . .]. Neben der Unterzeichnung eines Kreditabkommens zählt er zu den vorrangigen Aufgaben die Einstellung der Pressekampagnen auf beiden Seiten und die Aufnahme kultureller Beziehungen.“⁹ Diese Botschaft stieß in Moskau sofort auf Gehör. Bereits am 28. Januar 1935 erklärte Wjatscheslaw Molotow, der Vorsitzende des Sowjets der Volkskommissare, vor dem VII. Sowjetkongreß: „Wir hatten nie einen anderen Wunsch und haben auch weiterhin keinen anderen Wunsch, als gute Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu können. [. . .] Doch in den sowjetisch-deutschen Beziehungen sind in der letzten Periode ernste Schwierigkeiten entstanden.“¹⁰

Aus Anlaß der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens berichtete Bessonow am 12. April 1935 an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, Schacht habe „viel über die Notwendigkeit einer weiteren wirtschaftlichen Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland gesprochen. Er sagte, er werde am Kurs der Vertiefung und Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion festhalten, denn in einer solchen Annäherung sehe er ein blühendes Versprechen für beide Seiten“. Schacht habe ausdrücklich bestätigt, daß Hitler von diesem Kurs unterrichtet sei und ihn billige¹¹.

Ähnliche Signale gelangten in diesen Wochen auch außerhalb der diplomatischen Kanäle nach Moskau. So berichtete der sowjetische Journalist Dimitrij Bucharzew an Nikolaj Bucharin, an den Chefredakteur der *Iswestija* und ins Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, die Stimmen, die sich für eine Verbesserung der Beziehungen einsetzten, hätten in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen, und namentlich würden in diesem Zusammenhang Schacht und Göring genannt¹². Botschafter Suriz berichtete am 29. Mai 1935 nach Hause, Schacht habe sich bei einer Unterredung mit ihm sehr freundlich gezeigt und über die Notwendigkeit gesprochen, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern¹³.

⁸ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR (Dokumenty wneschei politiki SSSR), Bd. 17, Moskau 1971, S. 63.

⁹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, Bestand 059, File 1, Mappe 187, Akte 1385, S. 2 (weitere Signaturbezeichnungen: Bestand=B, File=F, Mappe=M, Akte=A, Seite=S).

¹⁰ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, Moskau 1973, S. 47.

¹¹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 082, F 18, M 81, A 7, S. 150f.

¹² Ebenda, B 059, F 1, M 187, A 1385, S. 134.

¹³ Ebenda, S. 178.

Tatsächlich unterbreitete Schacht Ende Juni 1935 gegenüber Kandelaki das Angebot eines Zehn-Jahres-Kredits in Höhe von einer Milliarde Mark. Kandelaki wurde daraufhin von Moskau beauftragt, Schacht auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die bereits durch die Gewährung des vorangegangenen Kredits in Höhe von 200 Millionen Mark angehäuft worden seien, und unter diesem Vorwand weitere Gespräche über einen neuen Kredit abzubiegen. Außerdem hielt es die Sowjetunion für notwendig, Frankreich über diesen neuen deutschen Vorschlag zu informieren¹⁴.

Ein erstes Treffen zwischen Kandelaki und Schacht, bei dem ausweislich der darüber angelegten Aufzeichnungen auch politische Fragen angesprochen wurden, fand am 15. Juli 1935 statt¹⁵. In Schachts Notiz über dieses Gespräch heißt es, Kandelaki habe nach „einiger Verlegenheit“ den Wunsch geäußert, „ob es nicht möglich sei, auch die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu verbessern“. Schacht sagte Kandelaki in diesem Zusammenhang zu, das Auswärtige Amt über die Unterredung zu informieren, wies aber zugleich auf die Notwendigkeit hin, solche politischen Gespräche durch den sowjetischen Botschafter beim Auswärtigen Amt einzuleiten¹⁶.

Im zeitlichen Umfeld dieses Gesprächs erhielt der sowjetische Botschafter in Deutschland bei einem Moskau-Aufenthalt offenbar mündliche Anweisungen über die weitere Marschroute. Jedenfalls machte sich Suriz nach seiner Rückkehr nach Berlin seinen eigenen Worten zufolge daran, die Kontakte mit den Deutschen zu aktivieren. Ausgangspunkt war dabei seine Überzeugung, daß Hitler in der nächsten Zeit an seinem gegen die Sowjetunion gerichteten Kurs festhalten werde und die Möglichkeit einer Linderung deshalb nur durch die Aufrechterhaltung normaler Wirtschaftsbeziehungen – d. h. durch die weitere Lieferung von Rohstoffen an Deutschland – gegeben sei¹⁷. Litwinow bestätigte diese Einschätzung in einem Schreiben an Suriz vom 4. Dezember 1935: „Die Schlußfolgerungen, zu denen Sie nach den Kontakten mit den Deutschen gekommen sind, haben mich nicht überrascht. [. . .] In diesem Punkt habe ich schon seit langem keine Illusionen.“ Der Volkskommissar teilte auch Suriz' Meinung im Hinblick auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sprach sich jedoch dagegen aus, daß „der Löwenanteil des sowjetischen Imports in den nächsten Jahren zum Nachteil anderer Staaten an Deutschland gehen soll. [. . .] Wir sollten das heutige Deutschland wirtschaftlich nicht zu sehr festigen. Meiner Meinung nach reicht es aus, wenn wir die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland in dem Maße aufrechterhalten, daß es nicht zu einem vollständigen Abbruch zwischen den beiden Seiten kommt.“¹⁸

¹⁴ Ebenda, B 010, F 10, M 51, A 45, S. 136, sowie Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, S. 422.

¹⁵ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C: 1933–1937, Band IV, 1, Göttingen 1975, S. 444 f.

¹⁶ Ebenda, S. 445.

¹⁷ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, S. 570.

¹⁸ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 010, F 15, M 123, A 123, S. 152 ff.

Am 3. Dezember 1935 unterrichtete Litwinow Stalin schriftlich über Suriz' Kontakte mit den deutschen Politikern und die daraus von dem Botschafter gezogenen und von ihm mitgetragenen Schlüsse. Dabei schlug Litwinow vor, den Umfang der Bestellungen in Deutschland auf 100 bis 200 Millionen Mark zu beschränken und, als Antwort auf die antisowjetische Kampagne der Hitler-Regierung, „unserer Presse die Direktive zu geben, eine systematische Konter-Propaganda gegen den deutschen Faschismus zu eröffnen“¹⁹.

Nach diesem Abtasten folgte zwischen dem 1. und dem 12. Dezember 1935 eine Reihe von Treffen Bessonows mit Vertretern des Auswärtigen Amtes (Kurt Rödiger, Fritz v. Twardowski), der Reichswehr (Major Spalcke), mit dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium Erhard Milch sowie mit Leuten Schachts (Reichsbankdirektor Rudolf Brinkmann, Herbert Göring). Diese Treffen, schrieb Bessonow in zwei Briefen an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, „haben das Vorhandensein von Schichten und Gruppen bestätigt, die aus verschiedenen Gründen an einer Normalisierung der Beziehungen mit der UdSSR interessiert sind“. Zu diesen Gruppen zählte er in erster Linie Industrielle und einflußreiche Kreise des Militärs sowie des diplomatischen Dienstes. Die Leitung der NSDAP, hob Bessonow hervor, sei gegenüber der Sowjetunion nach wie vor feindselig gestimmt und werte deren Außenpolitik als völlig anti-deutsch. Die Kräfte, die für eine Normalisierung der Beziehungen seien, würden sich gerne auf Fakten stützen, „die beweisen, daß auch die UdSSR die Beziehungen mit Deutschland normalisieren will, und das könnte ihren Kampf für die Durchsetzung ihrer Linie erleichtern“. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hätten in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es sehr wichtig wäre, Probleme wie die Einreise von deutschen Firmenvertretern in die UdSSR zu lösen²⁰. Weiter berichtete Bessonow, daß sich die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland aus der Sicht deutscher Industrieller als ein „trauriges Mißverständnis“ darstelle, an dem in erster Linie Deutschland leide. Große Aufmerksamkeit hätten die Gesprächspartner den Fragen der militärischen Zusammenarbeit beigemessen, wobei unterstrichen worden sei, daß die Erinnerungen an die guten Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee nicht so schnell verschwinden würden und in der Wehrmacht nach wie vor lebendig seien. Eine bedeutende Zahl von Militärs sei noch immer dankbar für das bei der Roten Armee Gelernte. In deutschen Militärkreisen, so Bessonow, sei man bereit, „wenn nicht die ursprünglichen Beziehungen wiederherzustellen, so doch wenigstens die Temperatur der gegenwärtigen zu erhöhen“. Nach Informationen von Schachts persönlichem Referenten Herbert Göring hatten sich Reichswehrminister Werner von Blomberg und Schacht darauf verständigt, gegenüber der Sowjetunion die Bereitschaft zur Lieferung auch komplizierter militärischer Ausrüstungsgegenstände zu signalisieren. Die Situation für künftige Bestellungen sei „unvergleichlich“ viel günstiger als bei der Warenbestellung im Rahmen des Kredits über 200 Millionen Mark²¹.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 082, F 18, M 81, A 7, S. 363 f.

²¹ Ebenda, S. 365.

Wie aus Notizen von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes hervorgeht, wurde im Laufe der Wirtschaftsgespräche von sowjetischer Seite wiederholt die Frage der Verbesserung der politischen Beziehungen angesprochen. So hielt Conrad Rödiger über ein Gespräch mit Bessonow am 2. Dezember 1935 fest, dieser habe erklärt, „es müsse versucht werden, zu einer Entspannung der Beziehungen zu gelangen. Als ich dies bejahte mit dem Bemerkens, daß, abgesehen von einer gegensätzlichen Weltanschauung, irgendwelche politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Sowjetrußland nicht bestünden und daß wir auch einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern begrüßten, meinte Bessonow, gerade auf letzterem Gebiete würde ein sehr wesentlicher Anfang zu einer Entspannung gemacht werden können.“²²

In ähnlicher Weise notierte Twardowski acht Tage später über eine Unterredung mit Bessonow, dieser habe das Gespräch „sofort mit dem Thema: Wie kann man die deutsch-sowjetischen Beziehungen verbessern?“ begonnen. Als Twardowski auszuweichen versuchte, habe Bessonow auf der Besprechung dieses Punktes bestanden. Daraufhin habe Twardowski als „private Meinung“ geäußert, „daß die Sowjetregierung, falls sie tatsächlich den ernstesten Willen habe, die gegenwärtige Lage zu bessern und auf eine Normalisierung der Beziehungen hinzuarbeiten, die Initiative ergreifen müsse, um die allgemeine Atmosphäre zu bessern“. Im einzelnen bezeichnete es Twardowski als notwendig, daß die „Presseangriffe“ und die „Verunglimpfungen“ der deutschen politischen Führung eingestellt würden, daß die Sowjetunion „ein sichtbares Verständnis für die Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik“ demonstriere und die deutschen Wünsche im Hinblick auf konsularische „Angelegenheiten (Behandlung der Reichsdeutschen in der Sowjetunion, des deutschstämmigen Elements in der Sowjetunion und der Kirchenfrage)“ befriedige²³.

Bei einem Gespräch mit Suriz, das Twardowski am gleichen Tage führte und bei dem der Botschafter die Frage stellte, was „er persönlich“ zur Verbesserung der Beziehungen tun könne, erklärte Twardowski nach dem erneuten pauschalen Hinweis, sich damit dienstlich nicht mehr zu beschäftigen, „daß ich persönlich nach meinen letzten Eindrücken in Moskau noch nicht davon überzeugt sei, daß auf seiten der Sowjetregierung und der sonstigen maßgebenden Stellen in der Sowjetunion der aufrichtige Wille vorhanden sei, die Beziehungen zu Deutschland zu normalisieren“. Twardowski äußerte die Auffassung, die gegenwärtigen Sondierungen könnten sich als taktisches Manöver erweisen, „das in Dunst zerflattere, wenn der dadurch auf Frankreich ausgeübte Druck seine Schuldigkeit getan habe“. Sofern die UdSSR wirklich eine Normalisierung der Beziehungen wünsche, müsse sie in der einen oder anderen Form die Initiative übernehmen. Twardowski zog aus dem Gespräch die Schlußfolgerung, Suriz habe „strikte Weisung“ im Hinblick auf die Frage einer Normalisierung der Beziehungen gehabt²⁴. Hingegen ließ Litwinow Suriz am 19. Dezember wissen: „Ich stehe Ihren Be-

²² ADAP, Serie C, Band IV, 2, Göttingen 1975, S. 855.

²³ Aufzeichnung v. 10. 12. 1935 in: ebenda, S. 881.

²⁴ Ebenda, S. 881 ff.

richten und denen Ihrer Mitarbeiter über den angeblich in Deutschland zu beobachtenden Wandel in den Beziehungen zur UdSSR sehr skeptisch gegenüber.“²⁵

III.

Bereits die vorstehende Schilderung auf der Basis unveröffentlichter Dokumente zur sowjetischen Außenpolitik zeigt, daß die Bemühungen des sowjetischen Handelsvertreters in Berlin, David Kandelaki, in einem breiten Zusammenhang „konventioneller“ diplomatischer Aktivitäten zu sehen sind. Die Tatsache, daß überhaupt die Vorstellung von einem „Fall Kandelaki“ entstehen konnte und phantastische Versionen seiner Tätigkeit in Umlauf gerieten, ist vor allem ein Ergebnis jener Aura des Geheimnisvollen, mit der die sowjetische Diplomatie die zwischen 1935 und 1937 in Berlin geführten Verhandlungen selbst umgab. Nur unter dieser Voraussetzung konnten Vorstellungen von einem „Geheimagenten Stalins“ oder gar von einem „Komplott“ Stalins mit Hitler in den Anfangsjahren des Dritten Reiches entstehen.

Betrachtet man die Kontakte etwas näher, die Kandelaki in Berlin knüpfte, so verlieren sie rasch alle Züge des Mysteriösen und Ungewöhnlichen. Kandelaki erhielt seine Aufträge sowohl von Litwinow als auch vom Politbüro des ZK. Die Einsetzung von Sonderbeauftragten war keineswegs eine Spezialität Stalins, sondern schon vor diesem in der Sowjetunion üblich und auch in der westlichen Welt nichts Ungewöhnliches. Auch war es nicht unüblich, daß Kandelaki neben seinen Sonderaufgaben routinemäßige Arbeiten erledigte, wie sie im Zuständigkeitsbereich des Leiters einer Handelsvertretung anfallen. Kandelaki eines Komplotts zu verdächtigen, wäre unseriös, muß doch selbst der schärfste Kritiker der Linie Stalins in den dreißiger Jahren dafür Verständnis aufbringen, daß die Sowjetunion nach dem Abbruch der Rapallo-Politik durch Deutschland alles unternahm, um den weiteren Fluß der für die Sowjetunion lebenswichtigen Lieferungen von Ausrüstung und Technik aufrecht zu erhalten, wie er durch die Handels- und Kreditabkommen mit Deutschland gewährleistet wurde.

Eine ganz andere Frage ist, ob David Kandelaki für diese Aufgabe besonders geeignet war. Alexandra M. Kolontaj, die sowjetische Botschafterin in Schweden, hatte eine hohe Meinung von ihm, sein Mitarbeiter Ewgeni Gnedin billigte Kandelaki nur „mäßige“ diplomatische Fähigkeiten zu. Alle Behauptungen, Kandelaki habe den Sonderauftrag wegen seiner persönlichen Freundschaft mit Stalin erhalten, sind nicht belegt.

Was waren nun die politischen Aspekte jener Gespräche, die Kandelaki auf ziemlich hoher Ebene führte? Seine Gesprächspartner waren Hermann Göring, dessen Vetter Herbert, Hjalmar Schacht sowie hohe Beamte des Auswärtigen Amtes. Selbst wenn man weiß, daß die sowjetischen Vertreter in Berlin seit den Zeiten von Rapallo exzellente Beziehungen zu deutschen Regierungskreisen hatten, handelte es sich hierbei um einen außergewöhnlichen Kreis von Gesprächspartnern. Konnte der Kreis im Hin-

²⁵ Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 18, S. 595.

blick auf die wirtschaftlichen Themenbereiche als ganz ausgezeichnet gelten, so galt das im Blick auf die politischen Zusammenhänge jedoch nur mit gewissen Einschränkungen, was sich auch daran zeigte, daß Schacht die sowjetischen Vertreter grundsätzlich zu Reichsaußenminister Neurath schickte, wenn politische Fragen auftauchten. Neurath allerdings reagierte ablehnend.

Das Interesse der sowjetischen Führung an den Berliner Verhandlungen war außergewöhnlich groß. Aus den Protokollen der Sitzungen des Politbüros geht hervor, daß die Frage der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Litwinows Berichte dazu zwischen September 1934 und Sommer 1935 in kurzen Abständen besprochen wurden²⁶. Am 31. März 1935 veröffentlichte die Prawda unter dem Titel „Kriegspläne des heutigen Deutschlands“ einen sensationellen, von Marschall Michail Tuchatschewski gezeichneten Artikel über gegen die UdSSR gerichtete Kriegsvorbereitungen Hitlers. Der Artikel rief in Berlin Beunruhigung und halboffizielle Proteste hervor, die von Litwinow zurückgewiesen wurden. Was man in Berlin nicht wissen konnte, war, daß Tuchatschewskis Artikel vor der Veröffentlichung von Stalin geprüft und mit einigen Änderungen versehen worden war. Unter anderem hatte Stalin den ursprünglichen Titel („Kriegspläne Hitlers“) geändert sowie mehrere Zitate über die antisowjetische Stoßrichtung der deutschen Kriegsvorbereitungen gestrichen. Trotz solcher Abschwächungen war klar, daß der Artikel in Berlin scharfe Reaktionen hervorrufen würde, und wenn Stalin vor diesem Hintergrund seine Veröffentlichung genehmigte, so wollte er damit ein Signal geben, das den laufenden Sondierungsgesprächen Kandelakis entgegengesetzt war und die zweite mögliche Variante sowjetischer Deutschland-Politik demonstrieren sollte: die Möglichkeit der scharfen Konfrontation anstelle einer Normalisierung der Beziehungen.

Am 12. März 1935 informierte Litwinow Stalin über die Eindrücke, die Botschafter Suriz seit seiner Ankunft in Berlin und der weisungsgemäßen Verstärkung seiner Kontakte mit der deutschen politischen Führung gesammelt hatte. Suriz schrieb: „Meine Treffen mit Deutschen bestärken mich in der Überzeugung, daß der von Hitler gegen uns eingeschlagene Kurs unverändert ist und keine bedeutenden Richtungsänderungen zu erwarten sind. Hitler hat drei Wahnsinnsunkte: Feindschaft gegenüber der UdSSR, die jüdische Frage und den Anschluß [Österreichs]. Die Feindschaft gegenüber der UdSSR ist nicht nur auf seine ideologische Einstellung gegenüber dem Kommunismus zurückzuführen, sondern stellt die Grundlage seiner taktischen Linie in der Außenpolitik dar. Hitler und seine Gesinnungsgenossen sind fest davon überzeugt, daß das Dritte Reich nur auf dem Weg über konsequenten Antisowjetismus seine Aufgabe lösen sowie Verbündete und Freunde gewinnen kann. Auch mein Gespräch mit Neurath hatte keinen besonders hoffnungsvollen Charakter, gab er mir doch zu verstehen, daß unsere Beziehungen in der nächsten Zeit rein wirtschaftliche bleiben müssen. Neurath betonte die Aussichtslosigkeit aller Versuche, unsere Beziehungen in der voraussehbaren Zukunft zu verbessern. Ferner sagte Neurath, angesichts der gegenwärtigen

²⁶ Am 15. 9., 9. 11. und 5. 12. 1934; am 22. 3., 7./17./27. 4., 2. 5., 3. 5., 25. 7. und 22. 7. 1935.

gen Auffassungsunterschiede seien auch kulturelle Kontakte kaum zu realisieren.“ Litwinow berichtete in seinem Brief an Stalin weiter, nach Mitteilung von Botschafter Suriz habe der deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg, der sich gegenwärtig in Berlin befinde, ähnliche Eindrücke von der dortigen Situation gewonnen. Eine Information der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, wonach Schacht dem Direktor einer französischen Bank in Genf erklärt habe, Deutschland beabsichtige, sich die Ukraine mit Polen zu teilen, hatte Litwinow seinem Bericht an Stalin zufolge inzwischen prüfen lassen: „Die Ergebnisse dieser Überprüfung lassen keinerlei Zweifel an den Absichten Schachts. Es heißt, daß Schacht, den Genosse Kandelaki noch vor kurzem gegen Hitler zu unterstützen vorschlug, dessen Eroberungsbestrebungen im Osten unterstützt.“²⁷

Diese beiläufigen Bemerkungen Litwinows bezeugen die Intentionen, mit denen Kandelaki zwischen 1935 und 1936 seine Verhandlungen in Berlin führte: ganz und gar nicht zu Gunsten Hitlers, sondern eindeutig gegen diesen. Sicher ist der Einwand richtig, daß es eine Illusion gewesen ist zu glauben, Schacht oder Göring gegen Hitler instrumentalisieren zu können. Aber die historische Gerechtigkeit erfordert es dann auch zu erwähnen, daß ähnliche Hoffnungen und Illusionen nicht nur in Moskau, sondern auch in London gehegt wurden – und nicht zuletzt in Deutschland selbst. Das komplizierte diplomatische Spiel auf dem europäischen „Schachbrett“ war 1935 noch längst nicht zu Ende. Der Imperativ der sowjetischen Politik war weiterhin gültig, wie die Worte Molotows auf der ZK-Sitzung vom 10. Januar 1936 bezeugen, denen zufolge die Herstellung besserer Beziehungen zu Deutschland wünschenswert wäre, aber nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von der deutschen Regierung abhängig sei²⁸. Dieser Linie folgten die sowjetischen Sondierungen gegenüber Deutschland auch in der Folgezeit.

IV.

Ende 1935 bot Schacht im Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen einen Kredit über 500 Millionen Mark an²⁹, und am 11. Januar 1936 schrieb der Stellvertretende Volkskommissar Nikolai Krestinskij an Suriz: „Mir scheint, daß wir uns in der Frage des Kredits über 500 Millionen Mark mit den Deutschen einigen werden. Was aber die Frage der politischen Einstellung der Deutschen zu uns angeht, so sind keine Zeichen der Veränderung zu beobachten, weder in Berlin noch in Moskau noch an anderen Punkten des Erdballs.“³⁰ Schon einen Tag zuvor hatte Molotow auf der Sitzung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR erklärt: „Die sowjetische Regierung wünscht

²⁷ Der Brief veröffentlicht in: *Iswestija* Nr. 2 (1990).

²⁸ *Dokumente der Außenpolitik der UdSSR*, Bd. 19, Moskau 1974, S. 45.

²⁹ Gustav Hilger/Alfred G. Meyer, *The incompatible allies. A memoir-history of German-Soviet relations 1918–1941*, New York 1953, S. 283.

³⁰ *Dokumente der Außenpolitik der UdSSR*, Bd. 19, S. 26.

die Herstellung besserer Beziehungen mit Deutschland. Das erscheint uns aufgrund der Interessen der Völker Deutschlands sowie der Sowjetunion eindeutig von Nutzen. Aber die Durchführung einer solchen Politik hängt nicht nur von uns, sondern auch von der deutschen Regierung ab.“³¹

In einem Schreiben an Suriz bestätigte Krestinskij wenige Wochen später die Linie, wonach eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf wirtschaftlichem Gebiet beginnen müsse. Angesichts der Tatsache, daß Deutschland „sich an die alte Politik hält“ und „sein kaltes Verhältnis zu uns und zu anderen Anhängern der kollektiven Sicherheit“ unterstreiche, könne die Verbesserung der Beziehung nur auf wirtschaftlichem Gebiet beginnen, und deswegen sei die Sowjetunion an einem Abschluß der Kreditverhandlungen und an einer Zahlungsvereinbarung für 1936 interessiert³². Immer wieder kamen nun Informationen aus der sowjetischen Botschaft in Berlin, die auf eine Annäherung hindeuteten. Ende Februar schrieb Suriz an Krestinskij, im Diplomatischen Corps sei die Meinung weit verbreitet, daß deutsche militärische Kreise nach wie vor eine besondere Linie im Hinblick auf die Politik gegenüber der UdSSR verträten, „wobei man einigen von ihnen die Bereitschaft zuschreibt, bis zur Wiederherstellung der Beziehungen in der Rapallo-Periode zu gehen“. Suriz schrieb auch von einer „gewissen Zurückhaltung und Veränderung des Tons in der deutschen Presse“³³.

Am 19. April 1936 legte Litwinow gegenüber Suriz die Verhandlungstaktik im Hinblick auf den Kredit fest. Der Volkskommissar stimmte der Schlußfolgerung „über die Unzweckmäßigkeit des wirtschaftlichen Bruches mit Deutschland“ ausdrücklich zu, ergänzte aber, die Anstrengungen im Kampf gegen Deutschlands aggressive Politik dürften nicht aufgegeben werden. Suriz' Vorschlag, Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland in großem Stil aufzunehmen, würde die Beziehung zu Frankreich negativ beeinflussen und könnte Wasser auf Hitlers Mühle leiten. Wenn die UdSSR Deutschland wirtschaftlich stärke, werde sie dafür keine politische Kompensation bekommen, und wirtschaftlich sei man, „wie schon Kandelaki betont hat, an einem großen Kreditvolumen sehr wenig interessiert“. Ein multilaterales Abkommen mit Deutschland, dem sich auch die UdSSR unter bestimmten Bedingungen anschließen könnte, hielt Litwinow für möglich. Ein solches Abkommen könne man aber nur durch Verhandlungen mit England und Frankreich erreichen. Dabei werde jedoch gerade „unsere Enthaltensamkeit“ in den Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland von großer Bedeutung sein. Litwinow meinte, es wäre „eine schlechte Taktik, darauf zu bestehen, daß sich England und Frankreich um die Einbeziehung Osteuropas in den Plan einer gemeinsamen Friedensorganisation kümmern, während wir selbst auf jeglichen Druck auf Hitler verzichten“. Nach Auffassung des Volkskommissars war Suriz auf die erfolglosen Vorstellungen Kandelakis „reingefallen“: „Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß uns die deutschen Kredite nicht entgehen werden und daß wir sie bekommen,

³¹ Ebenda, S. 45.

³² Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 010, F 11, M 68, A 34, S. 41.

³³ Ebenda, B 082, F 19, M 83, A 4, S. 36.

wenn wir dies wünschen. Erst wenn ein allgemeines Übereinkommen mit Hitler zustande gekommen ist oder wenn sich herausstellt, daß es völlig aussichtslos ist, ihn zu irgendwelchen Zugeständnissen zwingen zu wollen, könnte man Ihre Empfehlung annehmen, aber nicht früher.“³⁴

Am 29. April 1936 wurde ein Handelsabkommen zwischen der UdSSR und Deutschland unterzeichnet. Auf dem anschließenden Empfang habe Schacht, wie Bessonow nach Moskau schrieb, „Kandelaki zuallererst danach gefragt, wann dieser vor habe, in Verhandlungen über große Kredite einzutreten, weil es nach Schachts Auffassung nicht ausreicht, sich mit der Unterzeichnung lediglich eines Abkommens für 1936 zu begnügen“. Schacht habe hinzugefügt, das Abkommen schaffe eine neue Situation im Hinblick auf weitere Fortschritte in der Frage eines intensiveren Handels zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Dabei habe Schacht die Formel gebraucht, man müsse Elemente der Politik aus den Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen heraushalten, „denn sie stören die Entwicklung der realen Dinge“³⁵.

Nach einem Treffen mit Herbert Göring am 12. Juni 1936 teilte Bessonow dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten mit, die Position Hermann Görings im Hinblick auf den Handel mit der Sowjetunion stimme im großen und ganzen mit jener von Schacht überein. Göring sei der Auffassung, wenn Deutschland die Erfüllung der sowjetischen Wünsche nach Rüstungsgütern ablehne, werde die UdSSR diese sehr leicht aus anderen Ländern bekommen³⁶. Die Position der Sowjetunion im Hinblick auf einen neuen Kredit über 500 Millionen Mark war keineswegs schroff ablehnend. Zwar unterrichtete Krestinskij Suriz am 11. August 1936 über einen negativen Beschluß³⁷, aber schon acht Tage später schrieb Litwinow, Kandelaki sei Anweisung gegeben worden, „den Deutschen unsere Ablehnung des Abkommens zu erläutern. Gleichzeitig wurde ihm erlaubt, die Deutschen zu fragen, ob sie einverstanden sind, einige für uns besonders interessante Dinge auf dem Ihnen bekannten Gebiet [Rüstungsgüter] zu liefern und Ihnen mitzuteilen, daß im Falle einer positiven Antwort die Frage eines Kreditabkommens gestellt werden kann.“³⁸

Auf deutscher Seite hielt man zu diesem Zeitpunkt eine Veränderung der antideutschen Tonart in der sowjetischen Presse für eine wichtige Voraussetzung zur Normalisierung des Verhältnisses. Botschafter von der Schulenburg protestierte im August 1936 zweimal beim Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten gegen Presseartikel, die sich gegen die deutsche Regierung richteten und persönliche Beleidigungen von Goebbels und Hitler enthielten³⁹.

³⁴ Ebenda, B 010, F 11, M 68, A 34, S. 85 ff.

³⁵ Ebenda, B 082, F 19, M 83, A 5, S. 121 f.

³⁶ Ebenda, S. 34.

³⁷ Ebenda, B 010, F 11, M 68, A 36, S. 130.

³⁸ Ebenda, S. 131.

³⁹ Ebenda, B 059, F 1, M 212, A 153, S. 139 und S. 146.

V.

Die Gründe, die Deutschland zu Verhandlungen über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR bewogen, sind aus einem Bericht ersichtlich, den der Vortragende Legationsrat Karl Schnurre im Oktober 1936 verfaßte: „Die Rohstofflage und der Fortgang der deutschen Aufrüstung seien nach der Erkenntnis der maßgebenden Stellen so, daß wir auf russische Rohstoffbezüge angewiesen seien. Es sei daher notwendig, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen über den augenblicklichen toten Punkt hinauszubringen. [. . .] Die deutsche Industrie müsse darauf hingewiesen werden, daß Lieferungen nach Rußland mehr denn je im nationalpolitischen deutschen Interesse lägen, da wir nur so die notwendigen Rohstoffe im Kompensationswege erhalten könnten.“⁴⁰

Im Oktober 1936 wurde Hermann Göring, schon seit April Reichskommissar für Währungs- und Rohstofffragen, Beauftragter für den Vierjahresplan. Diese Ernennung, meinte Suriz, könne die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen günstig beeinflussen, sei die Initiative zur Verstärkung und Belebung dieser Beziehungen in der letzten Zeit doch gerade von Göring und seiner engeren Umgebung ausgegangen⁴¹. Tatsächlich blieben Fortschritte nicht aus: Am 7. Dezember 1936 schrieb Suriz nach Moskau, Herbert Göring habe angeboten, ein Treffen mit seinem Vetter für einen „unverbindlichen Meinungsaustausch“ zu organisieren⁴². Litwinow antwortete, gegen ein solches Treffen bestünden keine Bedenken, aber man müsse Göring von Anfang an zu verstehen geben, daß es auf seine Einladung zustande gekommen sei⁴³. Das Treffen Suriz-Göring fand am 21. Dezember 1936 statt; es wurde zu einem Monolog des Reichsmarschalls.

Wie zuvor schon Hjalmar Schacht sprach Göring davon, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion müßten „ohne Rücksicht“ auf die politischen Beziehungen ausgebaut und damit entpolitisiert werden. In der von Kandelaki unterbreiteten Liste der sowjetischen Wünsche (Panzerplatten, Kriegsschiffe im Wert von 200 Millionen Mark, U-Boote, akustische Apparate usw.) sah Göring freilich eine „politische Voreingenommenheit“, denn unter dem Verlangten seien auch ganz geheime Objekte. Suriz entgegnete, die Wirtschaftsbeziehungen könnten nur in dem Maße weiterentwickelt werden, in dem die Sowjetunion aus Deutschland bekommen könne, was für sie von Interesse sei. Wie Suriz berichtete, wurde Göring daraufhin konzilianter und sprach sich auch für eine Normalisierung der politischen Beziehungen aus. Schließlich gab er zu verstehen, er sei innerlich davon überzeugt, daß auch die Sowjetunion normale, wenngleich vorwiegend wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland wünsche⁴⁴.

⁴⁰ ADAP, Serie C, Band V, 2, Göttingen 1977, S. 1037 f.

⁴¹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 082, F 19, M 283, A 4, S. 110.

⁴² Ebenda, B 059, F 1, M 212, A 1538, S. 156.

⁴³ Ebenda, A 1539, S. 216.

⁴⁴ Ebenda, B 05, F 16, M 118, A 46, S. 157 ff.

Ende Dezember traf Kandelaki in Begleitung seines Stellvertreters Friedrichson mit Schacht zusammen, der Neurath mit folgenden Worten über die Begegnung unterrichtete: „Im Verlaufe des Gesprächs hatte ich ausgeführt, daß ich die Möglichkeit einer lebhafteren Handelsentwicklung zwischen Rußland und Deutschland nur dann sähe, wenn die russische Regierung eine deutliche politische Geste mache und am besten durch ihren hiesigen Botschafter Versicherungen abgäbe, von jeder kommunistischen Agitation außerhalb Rußlands abzusehen.“ Kandelaki zeigte sich in dem Gespräch von diesem Vorschlag nicht nur nicht überrascht, sondern brachte, wie Schacht festhielt, „offenbar unwillkürlich, seine Sympathie mit meiner Auffassung“ zum Ausdruck⁴⁵. Einige Informationen über dieses Treffen enthält auch das Schreiben, das Botschafter Suriz Ende Januar an Krestinskij richtete. Suriz bezeichnete die Unterredung zwischen Kandelaki und Schacht darin als ein „Sondierungsgespräch über Möglichkeiten direkter politischer Gespräche“ und fuhr fort: „Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß das Lieblingsthema Schachts die Notwendigkeit unseres Abzugs nicht nur aus Spanien, sondern auch aus Frankreich [Volksfront] und der Tschechoslowakei ist, kurz gesagt die Notwendigkeit, mit unserer ‚Politik der Umkreisung Deutschlands mit einem Ring halbsojetischer Staaten‘ aufzuhören.“⁴⁶

Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Gespräch versuchte die deutsche Seite, eine „Atmosphäre“ für Verhandlungen herzustellen. Am 29. Dezember 1936 ließ der deutsche Botschafter in Moskau erneut eine Protestnote wegen antideutscher Karikaturen in der sowjetischen Presse übergeben. Litwinow erwiderte darauf am letzten Tag des Jahres, die sowjetische Presse sei angewiesen worden, sich aller Beleidigungen führender ausländischer Persönlichkeiten zu enthalten, sowohl in Artikeln wie in Karikaturen. Die sowjetische Presse folge dieser Aufforderung sehr gewissenhaft, nicht allerdings in bezug auf ausländische Staatsmänner, die ihrerseits Mitglieder der sowjetischen Regierung beleidigten. Im übrigen sei auf den sowjetischen Karikaturen zwar General Franco, jedoch kein deutsches Regierungsmitglied zu erkennen, während in deutschen Zeitungen durchaus Karikaturen sowjetischer Führer veröffentlicht würden⁴⁷.

Kurz nach dem Treffen mit Schacht fuhr Kandelaki nach Moskau, um über die Ergebnisse des Gesprächs zu berichten. Am 8. Januar 1937 wurde dort ein von Litwinow zusammengestellter „Entwurf der mündlichen Antwort Kandelakis“ von fünf Mitgliedern des Politbüros per Unterschrift verabschiedet. Stalin, Molotow, Lasar Kaganowitsch, Sergo Ordshonikidse und Klimenti Woroschilow erklärten sich darin mit folgender Entgegnung durch Kandelaki einverstanden: „Die sowjetische Regierung hat sich politischen Verhandlungen mit der deutschen Regierung nie entzogen, sondern ihr im Gegenteil sogar konkrete politische Vorschläge gemacht. Die sowjetische Regierung ist nicht der Auffassung, daß sich ihre Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes richten muß. Sie ist daher nicht dagegen, jetzt Verhandlungen mit der deutschen

⁴⁵ ADAP, Serie C, Band VI, 1, Göttingen 1981, S. 40f.

⁴⁶ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 7.

⁴⁷ Ebenda, B 82, F 20, M 67, A 9, S. 45.

Regierung im Interesse der Verbesserung der Beziehungen und des Friedens aufzunehmen. Unter keinen Umständen wird die sowjetische Regierung auf direkte Verhandlungen über offizielle diplomatische Vertreter verzichten; sie ist mit den jüngsten Gesprächen einverstanden, die sie auch weiterhin als vertraulich betrachtet und nicht an die Öffentlichkeit bringen wird, sofern die deutsche Regierung dies nicht wünscht.“⁴⁸

In einem Privatbrief an Suriz schrieb Litwinow am 14. Januar 1937, die direkten Verhandlungen zwischen Kandelaki und Schacht könnten weitergeführt werden. Andererseits teilte er mit: „Abänderungen sind vorgenommen worden, obwohl Genosse Stalin nochmals bestätigte, daß Kandelaki mit der Führung der Verhandlungen wegen fehlender diplomatischer Erfahrung auf keinen Fall beauftragt werden kann, und mir zustimmte, daß Sie die Verhandlungen führen müssen.“ Er, Litwinow, habe Kandelaki den Entwurf der Antwort an Schacht „heute“ überreicht und ihn dabei beauftragt, in Erfahrung zu bringen, wer auf der deutschen Seite die Verhandlungen führen werde. Sofern es Neurath oder eine andere Person seines Ranges sei, könne Kandelaki Schacht mitteilen, „daß Sie sich aus eigener Initiative an ihn unter Berufung auf den zwischen Kandelaki und Schacht stattgefundenen Meinungsaustausch wenden werden“⁴⁹. Knapp zwei Wochen später wurde Suriz durch das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten darüber informiert, daß Kandelaki nunmehr auf dem Weg nach Berlin sei, um Schacht rechtzeitig vor der für den 30. Januar zu erwartenden jährlichen Ansprache Hitlers über die sowjetische Antwort zu unterrichten⁵⁰.

Am 27. Januar schrieb Suriz an Krestinskij, die deutsche Diplomatie trete in eine „neue Phase der Aktivität“ ein, in der es aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und seiner mangelhaften Kriegsvorbereitungen wahrscheinlich sei, daß Berlin „nach Kompromissen mit anderen Ländern, darunter auch mit der UdSSR“ suchen werde. Suriz, der am 16. und am 21. Januar mit Neurath gesprochen hatte, unterstrich jedoch zugleich, daß die ersten vier Wochen des neuen Jahres „keine vollständige Bestätigung unseres Standpunktes erbracht haben“. Neuraths Zurückhaltung erklärte Suriz damit, daß „die Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen durch Schacht und sein Ressort aufgenommen worden sind und sich das Auswärtige Amt in dieser Phase nicht einmischen will“⁵¹.

Am 12. Januar 1937 hatte Suriz ein Gespräch mit Schacht, das sich im wesentlichen auf die deutsche Forderung nach einem Rückzug der Komintern aus Spanien beschränkte. Sofern sich auch die künftigen Gespräche Kandelakis mit Schacht auf dieser Ebene bewegen sollten, so müsse man wohl die ganze deutsche „Aktion“ als eine bloße Verzögerungsstrategie betrachten, die darauf ausgerichtet sei, „keine Antworten auf konkrete Fragen (z. B. bezüglich der Liste) zu geben“. Zwar könne ein endgültiger Schluß erst nach den Gesprächen Kandelakis mit Schacht gezogen werden, aber, so Suriz an Krestinskij: „Schachts Gesten in unsere Richtung sind bisweilen so unklar,

⁴⁸ Ebenda, B 011, F 12, M 1, A 2, S. 5.

⁴⁹ Ebenda, B 05, F 17, M 130, A 41, S. 3.

⁵⁰ Ebenda, B 011, F 1 a, M 1 (Z), A 2, S. 5 bzw. B 059, F 1, M 244, A 1717, S. 10.

⁵¹ Ebenda, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 6.

und wir wissen so wenig über ihre Bedeutung, daß wir nicht in der Lage sind, darin das Zeichen tatsächlich vorhandener Absichten Deutschlands zu sehen, seine Politik in bezug auf uns zu verändern.“ Die deutsche Presse verhalte sich gegenüber der Sowjetunion inzwischen „relativ anständig“, was darauf hindeute, daß nach dem Treffen Schulenburgs mit Molotow und nach Litwinows Brief an den deutschen Botschafter „spezielle Hinweise“ an die Zeitungen gegeben worden seien⁵².

Die Unterredung zwischen Kandelaki und Schacht kam wie erwartet am 29. Januar zustande. Kandelaki verlas die in Moskau vorbereitete Erklärung, woraufhin Schacht erwiderte, Demarchen der sowjetischen Regierung sollten gegenüber dem Auswärtigen Amt abgegeben werden. Kandelaki stimmte dem grundsätzlich zu, bat Schacht aber zu eruieren, ob solche diplomatischen Verhandlungen irgendwelche Erfolgsaussichten haben würden.

Schacht berichtete Neurath über das Treffen mit Kandelaki und empfahl dem Außenminister, sich gegenüber Moskau verhandlungsbereit für den Fall zu zeigen, daß die UdSSR sich klar von der Komintern-Propaganda distanzieren. Nach einem Gespräch mit Hitler, in dem Neurath über Schachts Gespräch mit Kandelaki und über die von diesem verlesene Erklärung berichtet hatte, teilte der Reichsaußenminister seinem Kabinettskollegen Schacht am 11. Februar 1937 mit, der „Führer“ sei wie er der Ansicht, daß Besprechungen mit den Russen „zur Zeit zu keinerlei Ergebnis führen können, von den Russen vielmehr höchstens dazu benutzt werden würden, um das angestrebte Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich zu erreichen und wenn möglich auch noch zu einer weiteren Annäherung mit England zu gelangen. Eine Erklärung der russischen Regierung, daß sie sich von der Kominternagitation trennt, würde nach den Erfahrungen, die mit diesen Erklärungen sowohl in England als in Frankreich gemacht worden sind, keinerlei praktischen Nutzen haben und deswegen ungenügend sein. Etwas anderes wäre es, wenn sich die Dinge in Rußland in der Richtung einer absoluten Despotie, gestützt auf das Militär, weiterentwickeln sollten. In diesem Falle dürften wir allerdings den Zeitpunkt nicht verpassen, um uns in Rußland wieder einzuschalten.“⁵³

Einzelheiten über das Treffen Kandelaki-Schacht und seine Bewertung durch die Sowjets enthält ein Schreiben, das Litwinow, der sich auf der Rückreise aus Genf in Warschau mit Suriz getroffen hatte, am 4. Februar 1937 an Stalin richtete. Danach hatte Schacht mit einem „gewissen Erstaunen“ auf das sowjetische Verlangen nach Vertraulichkeit der Verhandlungen reagiert und auch dadurch Ablehnung erkennen lassen, daß er die Übergabe der weiteren Verhandlungen an Neurath vorschlug – und zwar im Rahmen eines von ihm ausgerichteten Essens, zu dem Neurath, Suriz und Kandelaki eingeladen würden. Den Grund dafür erblickte Litwinow darin, daß Schacht wegen der schwierigen Finanzlage Deutschlands vor der Notwendigkeit stehe, sich um Kredite aus Paris und London zu bemühen. Da Großbritannien und Frankreich eine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen wachsam beobachten würden, habe

⁵² Ebenda, B 05, F 17, N 139, A 42, S. 17.

⁵³ ADAP, Serie C, Band VI, 1, S. 426 f.

Schacht Hitler offenbar dazu bewegen können, grünes Licht für – absichtsvoll in aller Öffentlichkeit geführte – Verhandlungen mit Moskau zu geben. Kandelaki sei in Berlin vorgeschlagen worden, zusammen mit Suriz nach Moskau zu reisen, um eine Antwort auf Schachts Vorschlag einzuholen. Litwinow dazu gegenüber Stalin: „Da wir beschlossen haben, uns auf die Entgegennahme deutscher Vorschläge zu beschränken, war die Anreise von Suriz und Kandelaki nicht nötig. [. . .] Wir erwarten jetzt von der deutschen Regierung Gedanken dazu, inwieweit und auf welche Weise die sowjetisch-deutschen Beziehungen verbessert werden können, nachdem ihre Verschlechterung von der deutschen Seite verursacht worden ist.“ Weiterhin schlug Litwinow vor, nicht auf der Vertraulichkeit der Gespräche, sondern nur auf zeitlich abgestimmten Kommunikatións zu bestehen, um die französische und die tschechoslowakische Regierung rechtzeitig vorher informieren zu können⁵⁴. Stalin und Molotow stimmten diesem Vorschlag zu, und am 7. Februar informierte Litwinow Suriz entsprechend⁵⁵.

In Moskau wartete man nun mit Ungeduld auf die Nachricht über weitere Kontakte. Am 12. Februar 1937 meldete Suriz, die Frage, ob irgendwelche Veränderungen in der deutschen Außenpolitik zu erwarten sind, sei gegenwärtig von niemandem zu beantworten. Bei den jüngsten Begegnungen habe Neurath alle Themen vermieden, die in irgendeiner Weise mit Schachts Demarché hätten in Verbindung gebracht werden können. Suriz konstatierte „eine noch größere Entfremdung der Deutschen als früher, die manchmal an Boykott grenzt“, und meinte, eine Aufnahme von Verhandlungen solle vermieden werden, solange noch nicht klar sei, was das Gespräch zwischen Ribbentrop und Halifax bringe⁵⁶.

Etwa eine Woche später zeigte sich Suriz gegenüber Litwinow noch hoffnungsvoll, da Schacht seinerzeit zugesagt habe, im Falle einer Absage rasch zu reagieren⁵⁷. Als das quälende Schweigen weiter anhielt, entschloß sich Kandelaki zu einer überstürzten Kontaktaufnahme mit Herbert Göring, über die Suriz am 23. Februar Litwinow informierte: „Es steht natürlich außer Zweifel, daß Hermann Göring längst durch Schacht über unsere Antwort informiert worden ist und deshalb von seinem Vetter nichts Neues erfahren kann. Der junge Göring hat offensichtlich keine Ahnung über die Absichten und Stimmungen der Führung.“⁵⁸

Es sollte noch einige Zeit dauern, ehe Schacht sein Schweigen brach. Am 21. März schrieb Suriz an Litwinow: „Schacht konnte mir nur zuflüstern (buchstäblich flüstern), daß er jetzt keine Chancen für eine Veränderung unserer Beziehungen sieht. Auch Göring junior verlor kein Wort über unsere Angelegenheit.“⁵⁹

Zwei Wochen nach diesem Treffen, am 3. April 1937, wurde die Entpflichtung Kandelakis von der Leitung der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland und seine

⁵⁴ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 05, F 17, M 127, A 1, S. 22.

⁵⁵ Ebenda, B 059, F 1, M 244, A 1717, S. 15.

⁵⁶ Ebenda, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 28–29.

⁵⁷ Ebenda, S. 34.

⁵⁸ Ebenda, B 059, F 17, M 130, A 42, S. 29.

⁵⁹ Ebenda, F 1, M 244, A 171, S. 45.

Beförderung zum Stellvertretenden Volkskommissar für Außenhandel bekannt⁶⁰. Zwei Tage später reiste Suriz zu Konsultationen nach Moskau, und am 7. April wurde er mit Wirkung zum Juni 1937 als Botschafter nach Paris versetzt. Zurück in Berlin, schrieb er am 16. April an Litwinow, im Diplomatischen Corps mache trotz aller Dementis die Frage nach einer eventuellen Veränderung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen die Runde. „Manche vermuten sogar, daß es schon zu entsprechenden Verhandlungen gekommen ist, die von der sowjetischen Seite streng geheimgehalten werden.“⁶¹

In dieser Lage galt es, die sowjetischen Vertragspartner von 1935, Frankreich und die Tschechoslowakei, zu beschwichtigen. Am 17. April schickte Litwinow ein gleichlautendes Telegramm an den sowjetischen Botschafter in Prag, Sergei Alexandrowskij, und an den Geschäftsträger in Paris, Juri Girschfeld: „Versichern Sie dem Außenministerium, daß die Gerüchte über unsere angebliche Annäherung mit Deutschland völlig unhaltbar sind. Wir führten und führen keine Verhandlungen mit den Deutschen über dieses Thema, was auch aus der Tatsache hervorgeht, daß wir unseren Handelsvertreter und unseren Botschafter gleichzeitig aus Deutschland abberufen haben. Offensichtlich wurden die Gerüchte durch Deutsche oder durch Polen in Umlauf gesetzt, um Ziele zu erreichen, die uns nicht ganz klar sind.“⁶²

VI.

Wir können zwar nicht davon ausgehen, daß im Archiv des Außenministeriums der ehemaligen UdSSR alle Dokumente über Kandelakis Kontakte in Berlin zu finden sind⁶³, aber nach den Unterlagen, die dort aufbewahrt werden, wird man allenfalls von einem sehr schwachen und kurzen „Flirt“ sprechen können, der mit Kandelakis Abberufung sein abruptes Ende fand. Gleichwohl zeigen die Akten, wie sehr sich beide Seiten in einem komplizierten Spiel bemühten, die Initiative für das Anschneiden politischer Themen dem jeweils anderen zuzuschieben. Für den von Krivitzky später angenommenen Besuch Kandelakis bei Hitler gibt es ebensowenig Indizien wie für die Planung eines „weitreichenden deutsch-sowjetischen Abkommens“.

Die hier ausgebreiteten Dokumente belegen die Mehrschichtigkeit und Komplexität der sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre. Ganz offenkundig gab es bei einer Reihe von Vertretern der deutschen Seite Bestrebungen, die Verbin-

⁶⁰ Iswestija v. 3. 4. 1937.

⁶¹ Außenpolitisches Archiv der UdSSR, B 05, F 17, M 130, A 42, S. 77.

⁶² Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 20, Moskau 1976, S. 174, 176.

⁶³ Die NKWD-Akte über den Prozeß gegen Kandelaki enthält keine Hinweise auf die Berliner Verhandlungen. Möglicherweise wären die „Sondermappen“ des Politbüros ergiebig, ebenso wie die Unterlagen des Nachrichtendienstes des NKWD; beide Bestände sind aber für die Forschung noch nicht zugänglich.

dungen zur Sowjetunion den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker anzupassen und zu „entideologisieren“. Aber auch auf sowjetischer Seite gab es, besonders im Jahr 1935, unterschiedliche Tendenzen, wenngleich Litwinow in engem Kontakt mit Stalin eine feste Linie verfolgte. Wachsende Konfrontation blieb das vorherrschende Kennzeichen im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland, und aus Hitlers Sicht änderte daran auch nichts der vorübergehende Pakt von 1939, wie der „Barbarossa“-Feldzug zwei Jahre später zeigen sollte.